

Fraktion *Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
im Ortsbeirat Mainz-Altstadt

Anfrage zur Ortsbeiratssitzung am 24. Januar 2018

Platz- und Straßenbenennungen

In der Altstadt werden immer wieder neue Namen für Plätze und Straßen vorgeschlagen bzw. vergeben. Die Gemeindeordnung in Verbindung mit der Hauptsatzung gibt vor, dass die endgültigen Beschlüsse hierzu vom Stadtrat zu fassen sind, mit einer örtlichen Zuständigkeit für die Vorberatung bei dem jeweiligen Ortsbeirat und einer thematischen Zuständigkeit für die Vorberatung beim Kulturausschuss. Weitere inhaltliche Vorberatungen (z.B. durch den Ältestenrat) sind nicht vorgeschrieben. Schaut man sich die Liste der Namensgebungen aus den letzten 11 Jahren an, ergibt sich folgendes Bild: Mit einer einzigen Ausnahme wurden die Beschlüsse, die vom Ortsbeirat initiiert waren, (noch) nicht oder nur teilweise umgesetzt. Andere Beschlüsse, die von anderen städtischen Gremien als dem Ortsbeirat initiiert wurden, sind viel zügiger voran gebracht worden.

Am **30. Januar 2007** beschloss der **Stadtrat** die Benennung des **Günter-Storch-Platzes**. Hierüber wurde der Ortsbeirat aber erst mit Schreiben vom 20. April 2007 informiert und hat danach dieses Ansinnen deutlich (1:3:8) abgelehnt.

Am **28. Oktober 2009** beschloss der **Ortsbeirat**, dem Freiraum *beidseits der Großen Bleiche* den Namen „**Platz der Mainzer Republik**“ zu geben. Die Stadtverwaltung hat erst zwei Jahre später eine Beschlussvorlage in den Kulturausschuss und in den Stadtrat eingebracht, welche die Umbenennung der nördlichen Hälfte des Deutschhausplatzes, aber *keine Umbenennung des Ernst-Ludwig-Platzes* vorsah, und den darauf folgenden Beschluss dann umgesetzt. Ebenfalls am 28. Oktober 2009 wurde im Ortsbeirat beschlossen, ein Teilstück der Großen Bleiche in „**Pfarrer-Landvogt-Straße**“ umzubenennen, ohne dass die Stadtverwaltung diesen Vorschlag erkennbar weiter behandelt hätte.

Am **24. September 2014** beschloss der **Ortsbeirat**, den Namen **Pfarrer-Landvogt-Platz** in der Nähe der Christophskirche zu verorten (die genaue Fläche wurde in einem späteren Beschluss präzisiert). Ebenfalls an diesem Tag wurde beschlossen, den Platz zwischen Kötherhofstraße und Große Langgasse „**Maria-Einsmann-Platz**“ zu benennen. Laut einem Sachstandsbericht ist die Umsetzung dieses Vorschlags ausgesetzt bis zur baulichen Umgestaltung des Umfelds.

Am **28. Januar 2015** beschloss der **Ortsbeirat**, den Tritonplatz in „**Geschwister-Heinefetter-Platz**“ umzubenennen. Nachdem die Verwaltung dann mit dem Ortsbeirat einmütig übereingekommen war, den Standort des Platzes auf die andere Seite des Staatstheaters (vor der Alten Universität) zu verlegen, wurde diesem Vorschlag dann vom Kulturausschuss und Stadtrat zugestimmt und er ist als einziges Beispiel, das vom

Ortsbeirat ausging, so umgesetzt worden, wie vom Ortsbeirat empfohlen.

Am **20. September 2017** beschloss der **Ältestenrat**, einen Teil des Ernst-Ludwig-Platzes in **Helmut-Kohl-Platz** umzubenennen, ohne einen beratenden Beschluss des Ortsbeirats hierzu eingeholt zu haben.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

1. Inwieweit ist es üblich, dass Beschlüsse zur Neu- bzw. Umbenennung von Straßen und Plätzen im Ältestenrat des Stadtrates vorberaten werden? Falls sie im Ältestenrat vorberaten werden, hat dies vor oder nach der Beratung im Ortsbeirat zu geschehen? Bitte diese Aussagen anhand der Beispiele, die im Kulturausschuss am 14. November 2017 vorlagen, mit konkreten Beratungsterminen erläutern, um festzustellen, ob der Ältestenrat sich eher bei Benennungen in der Altstadt als bei Benennungen in anderen Stadtbezirken einmischt.
2. Wie hat die Verwaltung den Beschluss des Ortsbeirats zum Günter-Storch-Platz berücksichtigt? Hat sich auch der Ältestenrat mit diesem Thema befasst? Falls ja, wann und wie? Falls nein, warum nicht? Ist der Beschluss des Stadtrats zur Benennung des Günter-Storch-Platzes möglicherweise rechtswidrig in Anbetracht der Aussage des Landesinnenministeriums (Landtagsdrucksache 15/5999) „Beschlüsse, die der Gemeinderat ohne die erforderliche Anhörung des Ortsbeirats trifft, sind rechtswidrig“, da zum Zeitpunkt der Beschlussfassung, die erforderliche Anhörung noch nicht stattgefunden hatte?
3. Wann und mit welchem Ergebnis wurde im Ältestenrat über die Vorschläge des Ortsbeirats vom 28. Oktober 2009 (Platz der Mainzer Republik, Pfarrer-Landvogt-Straße), vom 24. September 2014 (Pfarrer-Landvogt-Platz und Maria-Einsmann-Platz) und vom 28. Januar 2015 (Geschwister-Heinefetter-Platz) beraten? Falls sie dort nicht zur Beratung kamen, warum nicht?
4. Warum wurde 2009 gegen die Empfehlung des Ortsbeirats der Name Ernst-Ludwig-Platz beibehalten? Gelten diese Argumente auch heute noch gegen die vorgeschlagene Verkleinerung des Ernst-Ludwig-Platzes? Falls nein, warum nicht?
5. Gab es zum Beschluss bezüglich Pfarrer-Landvogt-Straße 2009 je einen Sachstandsbericht? Warum ist dieser Vorschlag nicht weiter verfolgt worden?
6. Auf wessen Wunsch (Fraktion, Amtsleitung, Dezernent_in?) kam der Vorschlag „Helmut-Kohl-Platz“ auf die Tagesordnung des Ältestenrats? War die in der Vorlage für den Kulturausschuss am 14. November vorgesehene Adressenexklave (Beibehaltung der früheren Adresse für das RGZM) Teil dieser Beratung? Wie kam die Terminierung der Beratung (20. September, nur wenige Tage vor der Bundestagswahl am 24. September aber unmittelbar **nach** der Sitzung des Ortsbeirats am 13. September) zustande?
7. Besteht für den Fall Helmut Kohl eine größere Eilbedürftigkeit als für andere Fälle (z.B. Pfarrer Landvogt, Petra Kelly)? Wenn in diesem Fall anders vorgegangen

wird, als in den meisten Fällen, womit lässt sich diese Vorgehensweise begründen? Genauso wie für den Maria-Einsmann-Platz werden für den zur Umbenennung vorgeschlagenen Teil des Ernst-Ludwig-Platzes bauliche Veränderungen vorgesehen (Abriss des RGZM-Pavillons wie im Regierungsviertelforum von 2009 anvisiert). Warum legt die Verwaltung im Hinblick auf die beiden Platzbenennungen ein unterschiedliches Tempo an den Tag anstatt wie im Falle Maria-Einsmann-Platz erst die baulichen Veränderungen abzuwarten?

8. Zu den Beratungen des Ältestenrats über den Helmut-Kohl-Platz vom 20. September wurde auch eine Pressemitteilung herausgegeben. Auf wessen Wunsch geschah dies? Inwieweit war diese mediale Strategie im Ältestenrat unter den Fraktionen besprochen? Mit welcher Erwartung gegenüber der Meinungsbildung in der Öffentlichkeit und im Ortsbeirat wurde dieser eher ungewöhnliche Schritt unternommen?

Für die Fraktion

Renate Ammann